P R O T O K O L L

über die 5. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am
Donnerstag, 30. Jänner 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 15 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrathner

Dr. Kurt Keiler

Mag. Gerhard Klausberger

Johann Manetsgruber

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Ernst Platzer

Erna Probst

Franz Ramoser

Franz Rohrauer

August Schlager

Gertrude Schreiberhuber

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Alfred Wallner

Wolfgang Wieser

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

Dr. Kurt Schmidl

Kontrollamtsdirektor OAR.

Alfred Eckl

OMR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Verlängerung der Sonderförderungsaktion für Steyr - Resolution.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie zur heutigen Sitzung sehr herzlich begrüßen. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung bitte ich die Herren Gemeinderäte Hahn und Pickl, diese Funktion zu übernehmen. Danke, beide haben dem zugestimmt.

Wir haben heute nur einen Tagesordnungspunkt zu behandeln, und zwar die Verlängerung der Sonderförderungsaktion für Steyr, die Beschlußfassung einer Resolution. Dazu bitte ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VI ZEBÜRGERMEISTER LE OPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Jänner 1984 wurde zwischen dem Land Oberösterreich und dem Bund ein Sonderförderungsabkommen für die Krisenregion Steyr abgeschlossen. Ziel war es, eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur herbeizuführen. Dieses Sonderförderungsabkommen ergänzt die bestehenden Wirtschaftsförderungssysteme in Oberösterreich und hat sich sehr eng an den zwischen Bund und Land geschlossenen Staatsvertrag angeschlossen. Es war für die Region Steyr-Stadt und den Bezirk Steyr-Land, mit Ausnahme des Gerichtsbezirkes Weyer, vorgesehen. Es wurde ursprünglich für die Dauer eines Jahres beschlossen und sollte den Klein- und Mittelbetrieben aller Branchen im besonderen zugute kommen, die betriebliche Investitionen zur Verbesserung ihrer Betriebsstruktur durchführen und bestehende Arbeitsplätze sichern bzw. neue Dauerarbeitsplätze schaffen wollten. Das Sonderförderungsprogramm wurde in der Folge von der Bundesregierung und dem Land Oberösterreich bis zum Ablauf des Jahres 1985 verlängert. Die Krisensituation in der Stadt Steyr und deren Umland hat sich unserer Meinung nach nicht verbessert, und so ist die Stadtverwaltung Anfang Dezember an den Herrn Bundeskanzler, an den Landeshauptmann von Oberösterreich und an den zuständigen Landesrat des Amtes der Landesregierung mit der dringenden Bitte herangetreten, das Sonderförderungsprogramm für unsere Region abermals um ein weiteres Jahr zu verlängern. Diese Schreiben wurden bisher lediglich von Herrn Bundeskanzler Dr. Sinowatz, und zwar am 30. 12. 1985, beantwortet. Ich darf dem Gemeinderat den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntnis bringen:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Freund. In Deinem Schreiben vom 3. Dezember 1985 ersuchst Du um die Prüfung der Verlängerung der gemeinsamen Sonderförderungsaktion für Steyr um ein weiteres Jahr. Dazu darf ich Dir nach Rücksprache mit dem Bundesminister Lacina folgendes mitteilen. Bei Gesprächen auf Beamtenebene wurde seitens des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr eine Verlängerung des Regionalabkommens vorgeschlagen. Insbesondere im Hinblick auf die nach wie vor problematische Arbeitsmarktsituation in dieser Region. Diese Bereitschaft des Bundes wurde jedoch von den Vertretern des Landes Oberösterreich nicht geteilt. In dem Gespräch zwischen Bundesminister Lacina und Herrn Landesrat Leibenfrost vertrat der Landesrat die Auffassung, daß das Abkommen nicht verlängert werden soll. Man hat sich aber schließlich auf den Kompromiß geeinigt, daß auch Oberösterreich in einem eventuellen Krisenfall zum sofortigen Auflebenlassen des Regionalabkommens bereit sei. Dieser Kompromiß wurde letztlich beschlossen, wobei Bundesminister Lacina nochmals seine Präferenz für eine Verlängerung bereits zum jetzigen Zeitpunkt ausdrückte."

Das ist die Antwort, die ich hier seitens des Bundes auf meine Vorstellung erhalten habe.

Selbstverständlich, das möchte ich hier ganz besonders betonen, wäre dem Anliegen der Stadt auch durch eine andere geeignete Form einer Sonderförderung gedient. Die entsprechende Resolution ist in geeigneter Form dargestellt. Die Sachlage erscheint für uns als Stadt Steyr und die gesamte Umlandregion unbefriedigend und kann nicht unwidersprochen bleiben. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit der vorläufigen Weitergeltung des Sonderförderungsabkommens hinzuweisen. Eine entsprechende Resolution des Gemeinderates soll die Stadtverwaltung für weitere Verhandlung mit Bundes- und Landesdienststellen autorisieren. Die Stadtverwaltung ist sich dabei natürlich im klaren, daß eine Sonderförderungsaktion nicht unbefristet verlängert werden kann. Es kann aber keinesfalls der Meinung des Landes, wie sie in mehreren Presseaussendungen hervorgeht, beigepflichtet werden. Die Wirksamkeit des Regionalabkommens wird hier insbesondere auf die Beschäftigtenzahl abgestellt und resultiert in der Feststellung, daß im Förderungsgebiet etwa doppelt so hohe Arbeitsplatzzuwächse verzeichnet wurden als im übrigen Oberösterreich und somit eine weitere Sonderförderung nicht mehr erforderlich ist. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl ist zweifellos eine erfreuliche Tatsache und zum Teil auch auf die Wirksamkeit dieses Sonderförderungsprogrammes zurückzuführen. Der Stadtverwaltung erscheint aber als wesentliches Kriterium für die Frage der Weitergeltung bzw. des Auslaufens des Sonderförderungsabkommens nicht der Prozentsatz der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze zu sein, sondern es ist das ausschließliche Kriterium für die Beurteilung des Vorliegens einer Krisensituation die Höhe der Arbeitslosenrate. Am Jahresende 1985 waren beim Arbeitsamt 2.234 Personen arbeitsuchend gemeldet, was einer Arbeitslosenrate von 6,7 Prozent entspricht, womit unsere Region nahezu 30 Prozent über dem oberösterreichischen Durchschnitt liegt. Wenn man davon ausgeht, daß am Beginn des Regionalabkommens eine Arbeitslosenrate von 5,8 Prozent bestand, so erscheint die Weitergeltung der Sonderförderungsaktion auch aus diesem Grunde notwendig und gerechtfertigt. Es wird die Aufgabe der Stadtverwaltung sein, mit den zuständigen Bundes- und Landesdienststellen abermals Verbindung aufzunehmen, um das Wiederaufleben und die Weitergeltung des Sonderförderungsabkommens für die Region Steyr bis zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Gebiet zu erreichen. Letztlich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Stadtverwaltung auch von mehreren Betriebsinhabern ausdrücklich darum ersucht wurde, sich für eine Weitergeltung des Sonderförderungsprogrammes einzusetzen. Es ist bei vielen Steyrer Klein- und Mittelbetrieben das Problem aufgetreten, ihre privatrechtlichen Dispositionen nicht rasch genug treffen zu können, um die angebotene Sonderförderung in Anspruch nehmen zu können. Konkret darf ich hier darauf hinweisen z. B. auf die Unternehmungen, die gegenwärtig im sogenannten Reithoffer-Areal untergebracht sind, das ist das ehemalige alte Betriebsareal der Steyr-Daimler-Puch AG, welches zur Weiterverwendung für moderne Wirtschaftsbetriebe unbedingt saniert werden müßte. Die dort eingemieteten Unternehmungen, wie z. B. die Firma Riha, Firma Loidl und Schwarz, wären am Ankauf der von ihnen in Bestand genommenen Betriebsobjekte interessiert. Diese Unternehmungen sind an uns herangetreten und haben gebeten um Intervention zur Verlängerung dieser Sonderförderungsaktion. Wir sollten uns bemühen, daß wir dieses erreichen, denn es geht bei diesen beiden Betrieben allein um Arbeitsplätze im Größenausmaß von insgesamt 150, die unter Umständen im Falle einer Nichtgewährung von Förderungen absiedeln und damit gingen diese Arbeitsplätze verloren. Aus all diesen jetzt angeführten Gründen wird dem Gemeinderat die Annahme folgender Resolution empfohlen:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Jänner 1986 kommen

die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Parteien übereinstimmend zur einhelligen Auffassung, daß es dringend notwendig ist, mit den zuständigen Dienststellen des Bundes und des Landes die Verhandlungen zum Wiederaufleben und zur Weitergeltung des Sonderförderungsabkommens für die Region Steyr bis zur grundsätzlichen Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Gebiet aufzunehmen. Der Gemeinderat der Stadt Steyr berücksichtigt dabei selbstverständlich die Tatsache, daß ein Sonderförderungsabkommen nicht unbeschränkt verlängert werden kann, ist jedoch der einhelligen Auffassung, daß als wesentliches Kriterium für die Frage der Weitergeltung bzw. des Auslaufens des Sonderförderungsabkommens nicht der Prozentsatz der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze gilt, sondern das ausschließliche Beurteilungskriterium für das Vorliegen einer Krisensituation in der Höhe der Arbeitslosenrate liegt. Mit Jahresende waren beim Arbeitsamt Steyr 2.234 Personen arbeitsuchend gemeldet, was einer Arbeitslosenrate von 6,7 Prozent entspricht, womit die Region Steyr nahezu 30 Prozent über dem oberösterreichischen Durchschnitt liegt. Auch aus dem Umstand, daß die Arbeitslosenrate gegenwärtig höher ist als am Beginn des Regionalabkommens (1. 1. 1984 5,8 %) ergibt sich eindeutig, daß eine Wiederinkraftsetzung der Sonderförderungsaktion oder das Einsetzen anderer gleich wirksamer Maßnahmen unbedingt notwendig und gerechtfertigt ist.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Ordnung halber möchte ich Ihnen noch mitteilen, ich habe mich heute bei der Arbeitsmarktverwaltung erkundigt, wie Ende Jänner der Stand der Arbeitslosigkeit ist. Es gab 1.464 Männer und 857 Frauen arbeitslos gemeldet, das sind 2.321. Die Arbeitslosenrate beträgt Ende Jänner 7 Prozent, sie ist also im Jänner gegenüber Dezember noch angestiegen. Im Vergleichsjahr, also in der gleichen Zeit des Vorjahres, Ende Jänner 1985, waren 1.319 Männer und 823 Frauen, zusammen 2.142, arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenrate betrug vor Jahresfrist 6,4 Prozent. Sie ist derzeit um 0,7 Prozent höher als vor einem Jahr. Ich bitte Sie, die Diskussion über diesen Antrag abzuführen und die Beschlußfassung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Ausführungen. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die zur Beschlußfassung und von Bürgermeister Schwarz vorgetragene Resolution, wie er schon sagte, wurde sinngemäß bereits bei der Fraktionsobmännerbesprechung gemeinsam mit Bürgermeister Schwarz und Magistratsdirektor Dr. Knapp ausgearbeitet und vor wenigen Minuten bei einer neuerlichen Fraktionsmännerkonferenz abgeändert. Daher wurde sie Ihnen im Wortlaut genau übermittelt. Die Kommunistische Gemeinderatsfraktion vertritt dazu die Auffassung, daß die Sonderförderungsaktion die von 1984 bis Ende 1985 gewährt wurde, weitergeführt werden soll. Trotz dieser Sonderförderungsaktion ist die Stadt Steyr und damit auch die Umlandregion in diesen beiden Jahren ein ausgesprochenes Krisengebiet, wie dies auch in der Resolution deutlich zum Ausdruck kommt. Die Arbeitslosenzahl liegt in unserer Stadt und in der Umlandregion höher als in den Jahren 1984 und 1985, mit Ende November 1984 waren damals rund 1600 Menschen, 5,6 Prozent, arbeitslos. Derzeit sind aber schon über 2000 Personen ohne Beschäftigung, wozu noch die schulentlassenen Burschen und Mädchen unserer Region kommen, für die bis heute kein Lehrplatz oder eine Arbeitsstelle zur Verfügung gestellt werden kann. Wenn nun die Landesregierung, und hier besonders Wirtschaftslandesrat Leibenfrost, argumentiert, daß die Sonder-

förderungsaktion für die Region Steyr hinfällig sei, weil die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist, so ist dies meiner Meinung nach nicht nur irreführend, sondern auch unehrlich. Als nämlich die Aktion gewährt wurde, sprach niemand von der Zahl der bestehenden Arbeitsplätze, sondern vielmehr von der Zahl der Arbeitslosen. Diese Zahl ist symptomatisch für die Krise, die sich in unserer Region besonders in voller Stärke zeigt. Was uns vor zwei Jahren recht war, das muß uns auch heute billig sein. Wenn wir also einen weiteren überdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in dieser Region registrieren, so sind wir mehr denn je als eine Krisenregion zu qualifizieren. Aus diesem Grunde steht die Kommunistische Partei voll zur Forderung nach Fortsetzung der Sonderförderungsaktion für die krisengeschüttelte Region Steyr.

Ich möchte auch deutlich unterstreichen, daß die Sonderförderungsaktion bei einer Arbeitslosenzahl von, wie wir gerade gehört haben, 2.321, das sind immerhin schon 7 Prozent, notwendiger denn je ist. Alle in der Arbeiterkammer Oberösterreich vertretenen Fraktionen, so auch der Vertreter meiner Fraktion, sind eindeutig bereits Anfang dieses Jahres für eine Verlängerung dieser Sonderförderungsaktion eingetreten. Es ist in erster Linie auch Aufgabe des Bundes und der Landesregierung, für eine Sonderförderung zur Ansiedlung von Betrieben mit neuen Produktionen und zur Modernisierung bestehender Betriebe zu sorgen. Dazu gehört auch der schnelle Ausbau der Infrastruktur, vor allem der Straßen in den Zentralraum Oberösterreichs sowie eine spürbare Verbesserung der Verbindung zur Westbahnstrecke. Außerdem ist bei den neuen Verhandlungen mit der Landesregierung eine sofortige finanzielle Unterstützung durch das Land für die Errichtung der Großlehrwerkstätte in den Steyr-Werken zu verlangen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die ich angeführt habe, quantitativ und qualitativ zu verringern.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte vorerst zum Ausdruck bringen, daß ich etwas überrascht bin über die Reihenfolge der Wortmeldungen.

Zur vorliegenden Resolution darf ich nun folgendes sagen. Der Grund, der Bürgermeister Schwarz veranlaßt hat, diese Sitzung mit der Abwicklung eines Tagesordnungspunktes heute einzuberufen, ist sicherlich kein erfreulicher. Die wirtschaftliche Situation der Region Steyr hat bereits durch entsprechende Pressemeldungen in der Öffentlichkeit ihren Niederschlag gefunden. Ich habe bereits in der dieser Sitzung vorangegangenen Fraktionsobmännerbesprechung zum Ausdruck gebracht, daß ich dieser Resolution, die eine Fortführung des Sonderförderungsabkommens für die Region Steyr zum Inhalt hat, die Zustimmung geben werde.

Die Situation stellt sich so dar, daß auf der einen Seite die Arbeitslosenrate auf ein sehr beträchtliches und bedenkliches Ausmaß angestiegen ist und daß es auf der anderen Seite Betriebe und Firmen gibt, die bereit sind, Investitionen in ihrem Betrieb zu tätigen, um einerseits die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten, und andererseits neue zu schaffen. Bedauerlich ist, daß gerade in dem Augenblick, als dieses Sonderförderungsabkommen zu greifen begann, die ersten Auswirkungen in positiver Hinsicht sich zeigten, diese auch sogleich eingestellt wurde. Um mit den Worten des Abgeordneten Schender zu sprechen "als die Pflanzen zu sprießen begannen, hat der Gärtner das Gießen eingestellt".

Im übrigen, meine Damen und Herren, das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, werden wir selbstverständlich alle Maßnahmen unterstützen,

die das Ziel haben, die wirtschaftliche Situation und damit die Arbeitsplatzsituation der Region Steyr zu verbessern. Dazu gehört meiner Auffassung nach die Fortführung dieses Sonderförderungsabkommens für die Region Steyr.

Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir bereits vor einiger Zeit eine Entschliebung, die einen ähnlichen Inhalt hatte, nämlich die Fortführung dieses Sonderabkommens, in die Wege zu leiten, ausgearbeitet haben und am Samstag am Bezirksparteitag der Freiheitlichen den Delegierten vorlegen, die sicher die Zustimmung geben werden.

Abschließend möchte ich von dieser Stelle aus alle Verantwortlichen und vor allem verantwortungsbewußten Politiker auffordern, alles daranzusetzen, um die wirtschaftliche Situation der Region Steyr und damit die Situation der Arbeitsplätze zu verbessern und alle Mittel dazu zu ergreifen. Eine weitere Schlechterstellung in diesem Bereich würde zweifelsohne eine Kettenreaktion auslösen, die ein Ausmaß erreicht, das sicher sehr schwer zu sanieren wäre. Ich darf daher nochmals den wirklich dringenden Appell an alle Verantwortlichen des Bundes, des Landes und auch der Stadt richten. Ich werde diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für die Zustimmungserklärung seitens der freiheitlichen Fraktion. Nächster Redner ist Kollege Holub.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Im Dezember, meine Damen und Herren des Gemeinderates, hat die Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit darin gefunden, daß die Zahl der in unserer Region unbeschäftigten Menschen erheblich angestiegen ist. Im Dezember hat sich aber auch gezeigt, daß die Situation 1984 oder 1983 und der Übergang von 1985 auf 1986 in der Problemstruktur eine andere ist. Haben wir 1983 die Probleme überwiegend im Bereich metallverarbeitende Berufe gehabt und daraus Gott sei Dank die nötigen Sonderförderungsmaßnahmen für unsere Region abgeleitet erhalten, so sehen wir Ende 1985 im Zuwachs an Arbeitslosen eine bedeutende Strukturveränderung zu Lasten der Bauberufe. 210 Bauarbeiter waren mehr vorgemerkt im Dezember und das zeigt uns auch die Umschichtung der Schwierigkeiten, die es da gibt, vermehrt hin zum Baugewerbe bzw. Baunebengewerbe. Natürlich ist auch die Metallbranche von den Schwierigkeiten betroffen, das Zuwachsen an Arbeitslosen war aber aus der Metallbranche in Bruchteilen zu sehen von dem Zuwachsen aus der Baubranche, wobei wir in der Baubranche im Dezember zur Kenntnis nehmen müssen, daß es hier auch saisonalbedingte Schwierigkeiten gibt, deren Dauerhaftigkeit sicherlich im Dezember und auch im Jänner nicht 1000 %ig abzusehen ist.

Eine Schwierigkeit in der Beschäftigung ist zweifellos nicht wegzustreiten. Die Griffigkeit der Sonderförderungen im Rahmen des Sonderförderungsabkommens 1984 und 1985 kann nicht abgestritten werden, wengleich zur Kenntnis zu nehmen ist, daß dennoch, obwohl eine große Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen werden konnte, es dennoch nicht gelungen ist, die Anzahl der Unbeschäftigten zu verringern. Das ist die bedauerliche Konsequenz des Eintretens der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben oder nicht Berufsleben und die bedauerliche Konsequenz aus strukturellen Unterschiedlichkeiten in unserem Raum.

Landesrat Leibenfrost hat zugesagt, daß, sofern sich die Situation entscheidend verändert, sofort und griffig Maßnahmen zur Unterstützung unserer Region gesetzt werden, so wie auch in der Vergangenheit gerade unsere Region immer zuverlässig und auch schnell im Bedarfsfall gefördert wurde. Die ÖVP, meine Damen und Herren im Gemeinderat, vertraut auf die Zusage des Landesrates, bei Bedarf zu fördern.

Die ÖVP ist der Meinung, daß der Bedarf strukturiert gesehen werden muß, und die ÖVP ist der Meinung, genau so wie Landesrat Leibenfrost, daß richtige Maßnahmen zur Abstellung von Schwierigkeiten führen müssen. Das bloße Fortführen einer Sonderförderungsaktion ad infinitum alleine wäre sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß, aber verschiedene Maßnahmen werden helfen und helfen auch jetzt schon, daß unsere Region weiterhin mit der Beschäftigungssituation fertig werden wird können.

Einer der Schwerpunkte im Landesbudget, meine Damen und Herren des Gemeinderates, beschäftigt vor allen Dingen die Bauwirtschaft in unserer Region. So wie wir die Arbeitslosenzahlen aus dem Arbeitsmarktbereich, also aus der ganzen Region betrachten, genau so müssen wir auch die Investitionstätigkeit jetzt hier über die Stadtgrenzen hinaus blickend sehen. Wenn Sie das Landesbudget anschauen, so werden Sie finden, daß gerade aus dem Baubudget hier in unsere Gegend ganz schwerpunktartig mit hineingefördert wird. Daß man auf die Existenzgründungsmöglichkeiten eine Verbesserungsaktion gesetzt hat bzw. daß die Aktion zur Existenzgründung, das heißt wenn Unternehmen neu ins Leben gerufen werden, jetzt schon eine Verbesserung landesweit greifen läßt, ist auch eine unumstrittene Tatsache. Wichtig ist, und das ist der Grund, daß wir dieser Resolution beigetreten sind, daß dieser Gemeinderat der Stadt Steyr ohne politisches Hick-Hack einen Verhandlungsschwerpunkt in die Hände der verantwortlichen Mandatare hier im Raum gibt, daß die verantwortlichen Mandatare mit den zuständigen Stellen des Bundes und des Landes über die Situation vor einem geschlossenen Hintergrund verhandeln können. Wenn wir die Situation nicht über Gebühr dramatisieren, sondern in Sachlichkeit an die Lösung der Probleme herantreten, so bin ich fest davon überzeugt, daß wir auf allen Verhandlungsebenen faire und aufgeschlossene Gesprächspartner finden werden. Die Resolution, die wir heute beschlossen haben, wird sicherlich die Verhandlungsgrundlagen erleichtern helfen. Wenn wir dieser Resolution zustimmen, so stimmen wir aber nicht allen Tendenzen des zugrundeliegenden Amtsberichtes zu. Ich kann auch nicht zustimmen der Meinung des Kollegen Trembl, daß die Lehrwerkstätte gerade aus den strukturellen Problemen, das müssen wir uns vor Augen halten, die allein seligmachende und richtige Maßnahme ist. Wenn wir befürchten müssen, daß im heurigen Jahr über die Steyr-Daimler-Puch AG doch der Arbeitsmarkt in der Metallbranche erheblich belastet werden könnte, und er wird in der Tat belastet werden, auch wenn es nicht zu Freisetzungen in den Steyr-Werken kommt, nur durch die Tatsache, daß keine Aufnahmen möglich sind. Ich glaube, es ist nicht der richtige Weg gewesen, zusätzlich öffentliche Mittel und vermehrt öffentliche Mittel da hinein zu investieren, daß Menschen in einen Beruf hineingeführt werden, in dem absehbar ist, daß sie nicht beschäftigt werden können. Das, meine Damen und Herren, beweist schon ein wenig die Richtigkeit der Stellungnahmen meiner Fraktion zur Lehrwerkstätte, auch wenn die Interpretation dieser Stellungnahmen in der Öffentlichkeit nicht immer objektiv sich darbieten.

Zum Ansteigen der Arbeitslosen selbst müssen wir mit tiefem Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeitslosenzahl in ganz Österreich ansteigt. Auch in ganz Oberösterreich und die Griffigkeit der Sonderförderungsmaßnahmen kann man doch auch darin sehen, daß der Durchschnitt in Österreich und im Bundesland Oberösterreich im Ansteigen der Arbeitslosenziffern höher ist, als hier in der sondergeförderten Region Steyr. Sie werden jetzt sagen, das interessiert uns nicht, wenn es woanders noch schlechter ist, uns bekümmert die Situation in Steyr. Wir als Gemeinderat der Stadt Steyr haben mit der Situation in Steyr fertig zu werden. Ich bin davon fest überzeugt, daß wir, wenn wir optimistisch an die Bewältigung der Aufgaben gehen, die faire Zusammenarbeit unserer Verantwortlichen in den übergeordneten Gremien finden werden und auch in den sich eröffnenden Gesprächen mit Sicherheit Verständnis für die Anliegen unserer Region finden werden können.

Seien wir zuversichtlich, daß die jetzt schon ins Leben gerufenen Maßnahmen greifen werden, hoffen wir, daß sich die Situation in der Baubranche bessern wird. Im kommenden Jahr setzt ja die Stadt auch zahlreiche Baumaßnahmen, insbesondere im Tiefbau und in Verbindung mit den Baumaßnahmen, die das Land Oberösterreich für die Region eingeleitet hat, können wir hoffen, daß es eine Besserung in der Situation geben wird. Freilich ist es bedauerlich, daß die Bundesauftraggeber nicht mit den nötigen Mitteln ausgestattet sind, um von sich aus Impulse oder weitergehendere Impulse in die Bauwirtschaft zu bringen. Hoffen wir gemeinsam auf eine erträgliche Zukunft für unsere Mitbürger und beschließen wir in diesem Sinne die Resolution als Unterstützungsmaßnahme eines geschlossenen Gemeinderates, der für seine Bürger eintritt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nächste Wortmeldung Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Grüne-Alternative-Liste Steyr wollte vorerst diesem Abkommen nicht die Zustimmung geben, da wir gesehen haben, daß in dem Abkommen, das 1984 beschlossen wurde, die Industrie und industriell-gewerblichen Betriebe sehr stark bevorteilt wurden und somit keine Chancengleichheit bzw. Wettbewerbsgleichheit mit allen Wirtschaftstreibenden gegeben war. Dieses Abkommen hat seine Wirkung nicht erreicht, die Arbeitsplätze in Steyr wurden nicht wesentlich angehoben aufgrund der Arbeitslosen, die im Jahre 1984 mit 5,8 Prozent angegeben waren und im Jahre 1986 mit 6,7 Prozent. So ist eben dieses Abkommen vielleicht zu wenig greifend gewesen, um doch die Arbeitslosenrate zu verringern. Ein kurzer Auszug aus diesem Abkommen zeigt eindeutig, daß die Industrie bevorteilt wurde. Die Industrie bekam S 100.000,- pro Dauerarbeitsplatz als Prämie und zusätzliche Zins- und Wertausgleichsdarlehen. Die Kleingewerbetreibenden, die meines Erachtens genau so viele Arbeitsplätze sichern, bekamen Kleinstkredite bis zu S 500.000,- und eine Zinsförderung von 5 %. Gewerbestrukturverbesserungen wurden ebenfalls mit Zinszuschüssen von 5 Prozent gewährt und 5 Millionen Schilling Darlehen, für Fremdenverkehrsbetriebe ebenfalls 5 Prozent bis 10 Millionen Schilling. Daraus ergibt sich für die GAL, daß die Kleingewerbetreibenden benachteiligt worden sind bei diesem Abkommen. Die GAL Steyr hat dem Abkommen nach einem wesentlichen Punkt die Zustimmung gegeben, und zwar wurde auf Anraten das Einsetzen anderer gleicher wirksamer Maßnahmen, im letzten Absatz beantragt, geändert. Ich finde diesen einen Satz sehr bedeutend, da durch diesen Satz andere zielführende Maßnahmen gesetzt werden können. Aus diesem Grund gibt die GAL Steyr diesem Antrag die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage, ob es noch eine Wortmeldung gibt? Ich darf feststellen, daß alle Fraktionen dieser Resolution die Zustimmung geben. Da ich keine Wortmeldungen mehr sehe, kommen wir zur Abstimmung. In Anbetracht der Bedeutung dieser Resolution bitte ich Sie als Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben? Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung und übergebe dem Herrn Bürgermeister den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte zunächst sehr herzlich danken allen Sprechern der Fraktionen, daß sie dieser Resolution die Zustimmung geben. Dieser einmütige Beschluß über die Resolution ist sicherlich für uns Auftrag, die Verhandlungen über eine Verlängerung dieses Sonderförderungsabkommens so rasch wie möglich aufzunehmen. Ich darf Ihnen versichern, daß das ge-

schehen wird.

Der offizielle Teil der Sitzung ist damit beendet.

Ende der Sitzung: 15.45 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Walter Hahn e. h.

Rudolf Pickl e. h.